

Kanton Luzern 5
SVP Schweiz 7
Aus dem Kantonsrat 8

Amt Luzern Stadt 11
Amt Luzern Land 12
Amt Sursee / Hochdorf 14

SVP-Frauenkommission 14
Amt Willisau 15
Kalender 16

Kantonsrat:
Sessionsbericht
Mai 2013



8

Einladung zum
13. Sempacher-
tag



9

Gründung der
SVP-Ortspartei
Mauensee



14

Inhaltsverzeichnis

Lisa Zanolli und Urs Liechti neue Vizepräsidenten SVP Kanton Luzern	4
SVP-Asylinitiative definitiv	4
SVP'ler berücksichtigen SVP-Unternehmen!	4
Einbürgerungsrichtlinien verschärfen und vereinheitlichen!	5
14,9 Millionen für neue Gefängnisplätze!	6
«Milchkuh-Initiative»	6
Yvette Estermann beim NFÖ in Innsbruck!	7
Sessionsbericht Mai 2013	8
13. Sempachertag	9
Linksvortrag in der Stadt Luzern	11
Masseneinbürgerungen statt Qualität	11
lu-wahlen.ch	12
Gründungsfeier SVP-Ortspartei Buchrain	12
20 Jahre Ortspartei SVP Weggis	13
Gründung SVP-Ortspartei Mauensee	14
General- und Parteiversammlung SVP Nottwil	14
Fredy Winiger – neuer Amtsparteipräsident	14
Frauenkommission	14
«Wo ist unsere Jugend?»	15

**Infos über die
SVP Kanton Luzern:**
www.svplu.ch

Agrarpolitik 2014 – 2017: Jetzt Referendum unterschreiben!



Die neue Agrarpolitik betrügt das Schweizer Volk um preiswerte Lebensmittel

Wird die neue Agrarpolitik umgesetzt, so fließen künftig die Direktzahlungen für Dinge, die wir Bauern bisher gratis lieferten. Zum Beispiel für schöne Landschaften, Steinhäufen, Holzbeigen usw. Und es gibt weniger Geld für die Produktion von Lebensmitteln, was zu zusätzlichen Importen führt, welche nie so ökologisch und tierfreundliche produziert werden, wie dies die Schweizer Bauern tun.

Die neue Agrarpolitik fördert eine Feierabend Landwirtschaft

Wer trotzdem hart arbeitet, wird mit Minder-Einnahmen bestraft, der verdient künftig sehr viel weniger als jener, der seinen Betrieb extensiviert. Ob ein Bauer eine oder drei Kühe pro Hektar Wiese hält,

macht bei den Direktzahlungen keinen Unterschied: Er bekommt 900 Franken dafür, kann aber mit weniger Tieren auch noch Ökoqualitäts- und Vernetzungsbeiträge kassieren und damit auf bis zu 4100 Franken pro Hektar kommen.

Die neue Agrarpolitik behindert das Unternehmertum

Statt zu produzieren, was am Markt gefragt ist, wird künftig vermehrt gemacht werden, was «schön» aussieht, aber kaum Wertschöpfung bringt. Der Selbstversorgungsgrad beim Rindfleisch liegt bei 83 %, beim Geflügelfleisch bei 51 % Prozent. Obwohl die Nachfrage nach Fleisch, Eiern und Milch aus tierfreundlicher Tierhaltung in der Schweiz hoch ist, wird künftig wesentlich weniger davon produziert. Denn es ist viel lukrativer, Ökowielen statt Nahrungsmittel fürs Volk zu produzieren.

Die neue Agrarpolitik fördert ein Heer von Bürokraten

Künftig wird jeder Grashalm gezählt. Dann braucht es selbst zum Kühe Füttern noch viel Papier und einen riesigen, aufgeblasenen Kon-

Kurier-Leser/innen berücksichtigen

Kurier-Inserenten

Liebe Leserin, Lieber Leser

Sie erhalten regelmässig den «SVP Kurier» zugestellt. Unsere Arbeit ist vor allem auch deswegen möglich, weil wir auf viele treue und grosszügige Inserenten zählen dürfen. Jedes Inserat unterstützt die SVP Kanton Luzern direkt.

Wir bitten Sie, unsere Inserenten bei Ihrem nächsten Auftrag in Ihre Auswahlkriterien mit einzubeziehen. Dies ist sowohl ein grosses Dankeschön an unsere Inserenten als auch eine Wertschätzung unserer Arbeit.

Die Redaktion

AZB
6014 Littau
PP Journal
Postcode 1

EDITORIAL



Segel setzen – stürmischen Zeiten trotzen!

Die vor über 150 Jahren hart erkämpften Bürgerfreiheiten und Volksrechte sehen sich immer heftiger aufziehenden Stürmen ausgesetzt. Was unsere weitsichtigen Vorfahren seit der Errichtung des liberalen Bundesstaats mit viel Mut und Schweiss erkämpft haben - direkte Demokratie, Volkssouveränität, Föderalismus, Neutralität, Belohnung von Eigenleistungen, attraktive Rahmenbedingungen für die Wirtschaft - wird von der Classe Politique entweder kampfflos preisgegeben oder gar mutwillig zerstört.

Die Landesinteressen einmal mehr fahrlässig hintertreibend, wurde vor Tagen publik, dass Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf innerhalb der BDP verkündete, dass der automatische Informationsaustausch und das damit verbundene Ende des Bankkündengeheimnisses hinter den Kulissen bereits beschlossene Sache sei. In der Öffentlichkeit stritt sie dies bislang immer ab und verbreitete statt dessen blutleere Durchhalteparolen. Wer die eiskalte Karrierepolitikerin kennt, darf sich leider keine grossen Hoffnungen machen, dass diese Frau unsere Landesinteressen standhaft vertritt. Ein mittelbarer Trost: Ehrliches besteht – Verlogenes vergeht!

Gegenüber den ungerechtfertigten Druckversuchen aus den USA und der EU brauchen wir eine aufrechte Landesregierung mit Rückgrat, die der Clique von Brüssel und der Wall Street unmissverständlich klar macht: Aus der Schweiz darf es keinen Rappen für die EU- und US-Schuldenunion geben! Wir Schweizer sind doch nicht die Milchkühe für die ganze Welt! Schaut besser zum Wohl Eurer Bürger, statt neidgetrieben unseren neutralen Kleinstaat demontieren zu wollen. An uns werdet Ihr Euch noch die Zähne ausbeissen!

Angesichts des fortschreitenden, mit immer härteren Bandagen ge-

fährten Wirtschaftskriegs gegen den Schweizer Finanzplatz, ist es um so entscheidender, die bürgerlichen Kräfte zu bündeln und mit allen Mitteln für den Erhalt des Bankkündengeheimnisses zu kämpfen. Die kürzlich lancierte Volksinitiative «Schutz der Privatsphäre», für die sich neben der SVP auch die FDP und Vertreter der CVP engagieren, knüpft hier an. Die Initiative will das Bankgeheimnis für Personen mit Wohnsitz Schweiz in der Bundesverfassung verankern - und so verhindern, dass mit dem automatischen Informationsaustausch in Finanzfragen der gläserne Bürger geschaffen wird.

Speziell ins Visier geraten ist in letzter Zeit auch die (noch relativ freie) Kommunikation mit Computern und portablen Telefongeräten. Mit dem revidierten Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) wird dem Überwachungsstaat Tür und Tor geöffnet. Die Gesetzesänderung soll die Installation von Bundestrojanern auf Computern und Mobiltelefonen, die Speicherung auf Vorrat aller Verbindungsdaten während 12 Monaten (E-Mail, Handy, IP-Adressen, usw.) sowie eine mehr oder weniger willkürliche Überwachung der Mobiltelefonie erlauben. Die zuständige Kommission des Ständerates hat sich bereits für die Revision ausgesprochen – es ist also

noch viel Aufklärungsarbeit gefordert, um dieses antifreiheitliche Gesetz zu bodigen! Als Unternehmer der auf diesem Gebiet tätig ist erlebe ich jeden Tag von Neuem, wie wichtig gute und verlässliche Datenschutzgesetze für die Bürger und Unternehmen dieses Landes sind.

«Wer die Freiheit aufgibt, um Sicherheit zu gewinnen, wird am Ende beides verlieren». Dieses weitsichtige Zitat, das Benjamin Franklin zugeschrieben wird, gewinnt nicht nur in Bezug auf die Privatsphäre in Finanzfragen an Aktualität. Ich rufe Sie daher auf, die Internet-Petition gegen das neue BÜPF zu unterzeichnen – und auch hier wachsam zu bleiben! Weitere Infos: www.buepf.ch.

Des Weiteren möchte ich es nicht unterlassen, mich bei der Generalversammlung vom 21. Mai für das mir und dem Vorstand entgegengebrachte Vertrauen aufrichtig zu bedanken. Ich bin überzeugt, mit der Wahl von Urs Liechti und Lisa Zanolli die Parteileitung gestärkt und den Grundstein für ein kontinuierliches Schaffen gelegt zu haben. Eines scheint mir zudem sehr wichtig, in Erinnerung zu rufen: Die finanziell gute Lage unserer Partei ist ausschliesslich auf ein über Jahre solides und haushälterisches Wirtschaften, einen hervorragenden Finanzchef sowie die un-

gläublich viele ehrenamtliche Arbeit all unserer Mandatsträger und Kämpfer in den Ortsparteien zurückzuführen.

Was ebenfalls nicht vergessen werden darf: Im Gegensatz zu den anderen grossen Parteien des Kantons Luzern hat die SVP äusserst geringe Ausgaben für das Sekretariat. Während die CVP und FDP weit mehr als 200 Stellenprozente plus Räumlichkeitsmieten zu bezahlen hat, wird unser Sekretariat in einer 50 Prozent Pensum geführt – Mietkosten haben wir keine! Die erwirtschafteten Mittel müssen für unseren dauernden Wahlkampf verwendet werden. Dazu werden bis im August detaillierte Aktionspläne ausgearbeitet. Die zahlreichen Begehrlichkeiten die von verschiedenen Seiten an mich herangetragen wurden würden die Parteifinzen empfindlich schwächen und den politischen Kampf einschränken. Dies muss verhindert werden. Ich zähle hier auf die Unterstützung aller Entscheidungsträger innerhalb der Partei.

Ich danke Ihnen, liebe Mitgliederinnen und Mitglieder, für die Treue und freue mich auf die kommenden Projekte! Wir haben noch viel vor!

Franz Grüter, Eich
Präsident SVP Kanton Luzern

Der Jahresbericht zum abgelaufenen Vereinsjahr 2012 – 2013 des Präsidenten findet sich im Internet auf www.svplu.ch

Impressum SVP Kurier, Mitteilungsblatt der SVP des Kantons Luzern

Erscheinungsweise: ¼-jährlich
Grafik/Layout: erni medien GmbH, 6014 Luzern-Littau
Druck: SCHWEGLER Büro AG, 6110 Wolhusen
Auflage: 3 500 Exemplare

Anzeigenverwaltung, Kontaktadresse, Redaktion:
Anian Liebrand (al), Postfach, 6215 Beromünster
Tel. 079 810 11 91, kurier@svp-lu.ch

Adressänderungen sind an Ihre Ortspartei zu melden oder an das kantonale SVP-Sekretariat (sekretariat@svp-lu.ch, Tel. 041 250 67 67).

Die Redaktion kann keine Adressmutationen vornehmen!

Für den Inhalt der Beiträge zeichnet sich ausschliesslich der Autor verantwortlich; es ist der Redaktion vorbehalten, Beiträge zu kürzen oder von der Veröffentlichung auszuschliessen.

trollmechanismus, um sicherzustellen, dass Schweizer Kühe viel Gras fressen. Um das zu beweisen, werden künftig zahlreiche neue Bürolisten nötig sein. Noch krasser sieht es bei den Landschaftsqualitätsbeiträgen aus: Die produzieren in erster Linie Papier. Davon profitieren vor allem die Öko-Büros, die sich auch so vehement für die neue

Agrarpolitik stark machen. Denn wer die Öko-Bürolisten letzten Endes zahlt, ist klar: Die Bauern selbst!

Unterschreiben Sie das Referendum jetzt

Es ist an der Zeit, den Einsatz der Direktzahlungen in der Landwirtschaft klar zu definieren. Das ist das Ziel, welches wir mit dem Referen-

dum gegen die Agrarpolitik 2014-2017 beabsichtigen. Der Sinn dieser Gelder soll sein, dass unsere Landwirte auch in Zukunft dem Verfassungsauftrag nachkommen können. Dieser Auftrag heisst: Gesunde Lebensmittel für die eigene Bevölkerung mit Nachhaltigkeit produzieren.

Um diese Frage dem Volk vorzulegen, bitten wir Sie, liebe SVP-Mitglieder und Bürgerinnen und Bürger unseres bauernstarken Kanton Luzern, den beiliegenden Unterschriftenbogen **so rasch wie möglich zu unterschreiben und sofort zurückzusenden**. Bitte animieren Sie auch Ihr Umfeld, Freunde und Bekannte. Herzlichen Dank!



Josef Kunz,
alt Nationalrat,
Grosswangen

SNAPPSSCHUSS



Franz Grüter (SVP-Präsident),
Rätö Camenisch (SVP-Strategiechef)
und Marcel Omlin (SVP-Kantonsrat)
beim Start der Volksinitiative
«zum Schutz der Privatsphäre» in Bern.

SVP-Landwirtschaftskommission für Referendum

An der Sitzung vom 13. Mai 2013 hat die SVP-Landwirtschaftskommission des Kantons Luzern beschlossen, sich voll und ganz für das Referendum «Nein zur Agrarpolitik 2014–2017» einzusetzen. Die Kommission ist überzeugt, dass der Strukturwandel nicht künstlich gefördert werden soll!

Wir stellen uns nicht gegen eine ökologische, umweltschonende Landwirtschaft. Aber die Stärkung der Schweizer Produktion ist unumgänglich und muss im Vordergrund stehen. Unsere Mit-

bürger und Konsumenten haben gesunde Nahrungsmittel von hoher Qualität verdient. Der «Bauernstolz» hört auf, wenn wir nicht mehr fähig sind, unsere Bevölkerung zu ernähren!

Schliesslich soll aus der Produktion der Nahrung auch ein Einkommen resultieren, welches den Bauernfamilien erlaubt, ihre Existenzen zu erhalten und dabei ein Leben zu leben, welches dem inländischen Standard gerecht wird. Kurz gesagt: «Wir setzen uns für eine produzierende Landwirtschaft ein!»

SVP Luzern TV

das Internetfernsehen der SVP Kanton Luzern

Seit Mai 2013 1 x pro Monat!

Ungefiltert und direkt!

Bislang erschienene Sendungen:

- SVP Luzern TV – Ausgabe März 2013
(Kommunikationsoffensive, Warum ein TV-Format, Ziele der Kantonalpartei)
- SVP Luzern TV EXTRA – Verkehrsengpässe dringend lösen!
(Extra-Sendung zu notwendigen Verkehrsprojekten und der Zukunft des Tiefbahnhofs Luzern)
- SVP Luzern TV – Ausgabe Mai 2013
(Kriminelle Asylanten, Personenfreizügigkeit, neue Luzerner Informatik-Fakultät)



In regelmässigen Abständen greift die SVP Kanton Luzern im SVP Luzern TV brisante und aktuelle nationale und kantonale Themen auf – so, wie Sie Ihnen die Massenmedien verschweigen! Die nächste Sendung ist ab Mitte Juni online auf www.svplu.ch.



youtube.com/svpkantonluzern

green.ch
Internet, Hosting, Voice & TV



Surfen, telefonieren, fernsehen.



Blitzschnell surfen

Preiswert telefonieren

Über 160 Sender empfangen – inklusive HD

Und das Beste daran:

Mit greenMulti sparen Sie über CHF 300.– pro Jahr
für Ihren Teilnehmeranschluss.

www.greenmulti.ch

3 Monate Grundgebühr geschenkt. Mindestvertragsdauer 12 Monate. Aktuelle Preise und Konditionen: www.greenmulti.ch

KANTON LUZERN

Lisa Zanolla und Urs Liechti neue Vizepräsidenten der SVP Kanton Luzern

An der Generalversammlung vom 21. Mai 2013 in Hochdorf sind Lisa Zanolla, Grossstadträtin aus Luzern und Urs Liechti, Unternehmer aus Dagmersellen, zu den neuen Vizepräsidenten der SVP Kanton Luzern gewählt worden. Sie ersetzen die abtretende Nadia Furrer-Britschgi sowie Werner Gloggner, der seine politische Karriere nach 14 aktiven Jahren beendet. Die frisch gewählten Vizepräsidiumsmitglieder nehmen Einsitz in der Geschäftsleitung der Kantonalpartei und erfüllen die Aufgaben des intensivierten Aufbaus neuer Ortsparteien sowie die Betreuung der Fachkommissionen.

Vizepräsident I: Urs Liechti – Aufbau neuer Ortsparteien

Urs Liechti (Geburtsdatum: 30.10.1965) wurde von der Generalversammlung der SVP Amt Willisau offiziell nominiert. Der Maschinen-Ingenieur ETH stammt aus Sursee und wohnt mit seiner Familie in Uffikon, Gemeinde Dagmersellen. Er verfügt als Unternehmer mit eigener Firma in Sursee über eine langjährige internationale Berufserfahrung, unter anderem früher bei der IBM und bei Camel in Dagmersellen. Er ist Vater von drei Kindern und aktiv in der Zunft Heini von Uri in Sursee, für die er schon als Heinivater (Zunftmeister) amtierte.

Urs Liechti vertritt die Werte der SVP konsequent. Der erfahrene und erfolgreiche Unternehmer wird als politischer Quereinsteiger für den Aufbau neuer Ortsparteien und eine stärkere Verankerung der SVP in den Gemeinden verantwortlich sein. Mit seinem verstärkten Engagement für die SVP möchte er «der Schweiz etwas zurückgeben und dazu beitragen, den Wohlstand unseres Landes zu erhalten», so Urs Liechti. Er ist motiviert, dieses zeitintensive Amt durch kontinuierliches Schaffen und intensive Kontakte zu den Ortsparteien auszufüllen und freut sich auf die Herausforderung.



Urs Liechti tritt die Nachfolge von Werner Gloggner an, der sein Amt nach 4 Jahren zur Verfügung stellt. Nach einer gebührenden Würdigung für sein beeindruckendes Wirken wurde er mit grossem Applaus und Dankbarkeit verabschiedet.

Vizepräsidentin II: Lisa Zanolla – Betreuung der Fachkommissionen

Als zweite Vizepräsidentin kandidierte Lisa Zanolla (Geburtsdatum: 03.02.1970), die von der SVP Stadt Luzern portiert wurde. Sie ist Mutter von zwei Kindern und wohnt mit ihrer Familie in Luzern. Zusammen mit ihrem Mann führt sie ein erfolgreiches Schausteller-Unternehmen. Sie sitzt für die SVP im Grossen Stadtrat von Luzern und ist Mitglied der Bildungskommission. Zuvor war sie in der Einbürger-

rungskommission tätig. Im Jahr 2011 kandidierte sie auf der SVP-Liste für den Nationalrat. Seit Jahren an vorderster Front aktiv, hat sich Lisa Zanolla durch ihre stetige Präsenz, ihre gewinnende Persönlichkeit und ihr zuverlässiges Arbeiten innerhalb der SVP Kanton Luzern längst einen guten Namen gemacht.

Lisa Zanolla tritt die Nachfolge von Nadia Furrer-Britschgi an, die ihr Amt zur Verfügung stellte, der Partei aber als aktive Kantonsrätin auch in Zukunft erhalten bleiben wird. Nadia Furrer wurde für ihre geschätzten Dienste gedankt und mit Applaus und einem schönen Präsent verabschiedet. Lisa Zanolla wird für die Aktivierung der Fachkommissionen verantwortlich sein und stellt deren Kontakt zur Kantonalpartei sicher.

Hurra: SVP-Asylinitiative definitiv zustande gekommen!

Wie das Luzerner Kantonsblatt vom 27. April 2013 veröffentlichte, ist die Volksinitiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik» mit 5286 Unterschriften definitiv zustande gekommen. Das Gesundheits- und Sozialdepartement wird nun beauftragt, bis Ende April 2014 eine Botschaft des Regierungsrates vorzubereiten. Die Asylinitiative ist der durchdachte Lösungsvorschlag der SVP des Kantons Luzern für die noch immer anhaltende Asylmisere auf Kantonsebene und schafft Ordnung im Luzerner Asylwesen. Je länger je mehr zeigt sich, dass die SVP-Asylinitiative brandaktuell und dringend nötig ist, wie die

jüngsten Vorfälle rund um das Asylzentrum in Nottwil zeigten (11 Polizeieinsätze wegen Asylanträgen in 3 Monaten!). Die Behörden sind offensichtlich nicht fähig, die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu 10% zu gewährleisten. Unbefriedigend und verwirrend auch die Informationspolitik des Kantons und der Leitung des Asylzentrums Nottwil sowie in anderen Gemeinden, wo die Bürger meist vor beschlossene Tatsachen gestellt wurden. Hier setzt die SVP den Hebel an.

Weitere Infos:
www.asyldiktat-stoppen.ch

SVP'ler berücksichtigen SVP-Unternehmen!

SVP'ler unterstützen Unternehmen von SVP-Mitgliedern oder Sympathisanten und Unterstützern! Auf www.svplu.ch werden in der neuen Rubrik «Wir empfehlen» ab Juni 2013 Unternehmen aufgeführt, die die SVP Kanton Luzern zur Berücksichtigung empfiehlt. Die neue Plattform soll SVP-Mitgliedern Möglichkeiten aufzeigen,

Firmen zu unterstützen, deren Mitarbeiter oder Geschäftsführer sich zur SVP zu bekennen. Unternehmen, die gerne in der Rubrik aufgeführt werden, bitten wir, ihren Namen, Tätigkeitsgebiet, Firmenlogo (im .jpg-Format) und Internetseite (falls vorhanden) per **E-Mail zuzusenden an:** sekretariat@svp-lu.ch.



Einbürgerungsrichtlinien verschärfen und vereinheitlichen!

Noch immer werden Einbürgerungen im Kanton Luzern längst nicht überall gehandhabt. Dabei hat spätestens der Fall Menz-nau gezeigt, dass die Einbürgerungskriterien dringend auch auf Kantonsebene zu verschärfen sind.

Im Namen der SVP-Fraktion des Luzerner Kantonsrats reichte SVP-Kantonsrat Rätö Camenisch nun einen Vorstoss ein, um das kantonale Einbürgerungsgesetz unter Berücksichtigung eidgenössischer Vorgaben und übriger rechtlicher Voraussetzungen in folgendem Sinn zu revidieren:

- ✓ Publikation der Einbürgerungsgesuche im Anschlag oder im entsprechenden Gemeindeorgan mit Namen, Alter, Beruf, Wohnort und Herkunftsland. Setzung einer Einsprachefrist zuhanden der Einbürgerungsgremien.
- ✓ Verlängerte Wartefristen nach Delinquenz: Nach Vergehen mit Strafen unter 30 Tagansätzen mindestens fünf Jahre, bei Verurteilungen über 30 Tagansätzen respektive Gefängnis oder äquivalenten Strafen bedingt oder unbedingt mindestens acht Jahre. Das Vorstrafenregister muss inklusive Vergehenmeldungen

den Einbürgerungsgremien vollständig vorgelegt werden (inkl. der gelöschten Einträge).

- ✓ Keine Einbürgerung unter laufender Sozialhilfe (mangelnde soziale Integration) und bis zur vollendeten Rückzahlung der Sozialschulden ausser in nachweislich unverschuldeten Fällen mit Nachweis intensiver Bemühungen um Arbeit und Einkommen.
- ✓ Drei Jahre Nachweis bezahlter Steuern nach einem früheren Steuerausstand. Keine hängigen Betreibungen. Getilgte Schuldscheine.
- ✓ Obligatorisch mindestens drei Nachbarschafts- oder Bekanntenkreisauskünfte (evtl. auch Auskünfte von Einsprechenden nach Publikation). Auskünfte ohne Wissen der Probanden sollten in Zweifelsfällen als Ausnahme möglich sein.
- ✓ Wegfall jeglicher Einbürgerungserleichterungen ausser bei hier geborenen, integrierten Jugendlichen mit tadellosem Ruf.

✓ Appellation gegen Entscheide zur Einbürgerung nur in offensichtlich missbräuchlichen Fällen und nach erfolgter erfolgloser Appellation an den Regierungsrat. Restriktive Anwendung der Möglichkeit zur unentgeltlichen Rechtspflege.

✓ Sämtliche Gebühren und Einbürgerungstaxen müssen bei Antragstellung bezahlt sein. Auch bei einem ablehnenden Entscheid fallen die Gebühren an.

✓ Bei auch nur geringstem Zweifel muss die sprachliche Integration in Wort und Schrift bewiesen werden (Limite mindestens ECAP A 2 B).

✓ Das Recht zur Akteneinsicht ist restriktiv zu handhaben und beschränkt sich auf den oder die Betroffenen und deren Rechtsvertreter. Interne Erwägungen der Gremien und Hintergrundberichte respektive eingeholte Personenauskünfte können von der Akteneinsicht ausgenommen werden.

✓ Bei Antragstellerinnen beziehungsweise Antragstellern mit nicht christlichem Glauben muss die Kompatibilität ihrer Glaubensinterpretation mit den Grundwerten unserer

Verfassung explizit geprüft werden. Die Protokollierung ist zu unterschreiben.

✓ Eine Einbürgerung sollte nur nach Erbringung eindeutiger Integrationsbeweise möglich sein (gut verständliche Sprache in Wort und Schrift, untadelige konfliktfreie Lebensform nach innen und nach aussen, lokaler Bekanntenkreis über die Kontakte mit Landsleuten hinaus, Lebensmittelpunkt im Wohnort).

✓ Untadelige Erziehung der Kinder, Nachweis der Zusammenarbeit mit den Schulbehörden mit Besuch der Elternabende, allgemeine Kenntnisse über die lokalen Sitten und Gebräuche und nicht zuletzt über unser Staatswesen mit den drei Verwaltungsebenen und der direkten Demokratie mit ihren Rechten und Pflichten als Vorbereitung auf das Stimm- und Wahlrecht.



Rätö B. Camenisch,
Kantonsrat, Kriens

14,9 Millionen für netto 7 neue Gefängnisplätze!

Diese Riesensumme will der Kanton Luzern in den Ausbau des Gefängnisses Grosshof in Kriens investieren. Die SVP wehrt sich nicht dagegen, wenn es um den nötigen Ausbau von Haftplätzen geht – im Gegenteil. Im Kanton Luzern fehlen tatsächlich im Jahr durchschnittlich rund 20 Haftplätze. In der Juni-Session debattiert der Kantonsrat über diesen Bau-Kredit. Wozu wird der Grossteil dieser knapp 15 Mio. Franken «verbuttert»?

Damit soll primär der Ausbau-Standard nach EGMR-Norm erfüllt werden (Europäisches Menschenrecht – fremde Richter lassen grüssen!). Millionen werden nun in Bildungs-, Freizeit- und Fitnessräume investiert. Statt in neue Zellen für die Unterbringung von

mindestens 20 zusätzlichen Strafgefangenen. Was würde passieren, wenn der Kanton diese EGMR-Normen aus Investitionsgründen einfach aufschieben und vorläufig nicht umsetzen würde?

Bei der zuständigen Dienststelle konnte oder wollte man uns diese Frage nicht beantworten. Vermutlich würde schlicht gar nichts passieren. Viele Gefängnisse im Welschland erreichen übrigens nicht den modernen Ausbau-Standard des heutigen Grosshofareals. Einmal mehr werden auf Grund von «höherem Recht» und in voreilem Gehorsam Steuergelder fehl investiert.



Daniel Keller,
Kantonsrat
SVP Stadt Luzern,
Mitglied der VBK

Unterzeichnen auch Sie die «Milchkuh-Initiative»



Automobilisten, Motorradfahrer, Lastwagenfahrer und andere Strassenbenützer werden zunehmend zur Milchkuh der

Nation: Sie zahlen immer mehr Steuern, Abgaben und Gebühren – und stehen trotzdem im Stau.

Ja zur Zweckbindung:

Die Einnahmen aus dem Strassenverkehr sollen konsequent in die Strasseninfrastruktur investiert werden.

Für mehr demokratische Mitspracherechte:

Jede Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben im Bereich des Strassenverkehrs muss dem fakultativen Referendum unterstehen.

Hier Unterschriftenbogen herunterladen:
www.milchkuh-initiative.ch

Der Grund dafür ist einfach: Die Abgaben aus dem Strassenverkehr werden nur zum Teil für den Bau und Unterhalt von Strassen und Autobahnen verwendet. Die Strassengelder versickern in der Bundeskasse oder werden zweckentfremdet.

Die «Milchkuh-Initiative» will diesen Entwicklungen einen Riegel schieben.



SVP SCHWEIZ

Yvette Estermann eingeladen beim NFÖ in Innsbruck!

Das Bündnis **Neutrales Freies Österreich (NFÖ)**, eine christlich orientierte Partei, feierte in Innsbruck ihr 10-jähriges Bestehen.

Das Hauptziel der Bewegung ist der Austritt Österreichs aus der EU. Sie setzt sich aber auch ein für die direkte Demokratie, für Frei-

heit und Neutralität – ganz nach dem Vorbild der Schweiz. Weitere Ziele sind u.a. ein Abbau der «Politiker-Privilegien» und eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsbetriebe.

Zu dieser dreitägigen Jubiläums-Veranstaltung vom 10. bis 12. Mai 2013 in Innsbruck, wurde ich vom Bundesobmann des NFÖ, **Dipl. Ing. Rudolf Pomaroli**, für ein Gastreferat eingeladen. Unter dem Titel: «Souveränität, Direkte Demokratie und Neutralität», steckte ich die Position der Schweiz ab und im Anschluss daran fand eine sehr angeregte Diskussion statt. Die Zuschauer stellten interessante Fragen über unser politisches System, z.B. ob Köche und Landwirte bei uns

Copyright: Silvio Wegmann



ebenfalls für den Nationalrat kandidieren dürfen; in Österreich ist dies nämlich nicht erlaubt...

Das NFÖ ist noch eine kleine Bewegung, die aber immer mehr an Bedeutung gewinnt, zumal auch andere Länder dazu kommen und das gleiche Ziel anstreben. Z.B. England: Nur noch 45% der Engländer haben eine positive Haltung gegenüber der EU! Auf Druck der EU-Gegner bereitet deshalb Premierminister David Cameron bereits ein Abstimmungsszenario über einen eventuellen EU-Austritt Englands vor. Frankreich und andere Staaten könnten folgen und damit wäre wohl das Ende der EU besiegelt.



Yvette Estermann,
Nationalrätin, Kriens

HINTER DEN KULISSEN DER MACHT

WELCHE ZIELE DIE CLASSE POLITIQUE VERFOLGT UND WIE WIR MANIPULIERT WERDEN!

FREITAG, 28. JUNI 2013 19.30 UHR

ZENTRUM GERSAG, EMMENBRÜCKE (CH)




JÜRGEN ELSÄSSER

JUDITH BARBEN

Eintritt: 10CHF

info8.ch

SCHWERPUNKTE DER TAGUNG

In ganz Europa wächst der Unmut der Bürger über die stetige Auflösung der Bürgerfreiheiten und die nimmer enden wollende Machtzentralisierung. Entwickelt sich die Europäische Union zu einem autokratischen Monster, einer Diktatur mit allumfassenden Zentralgewalten zu Brüssel? Dieser Frage widmet sich für uns der extra aus Deutschland ankommende, bekannte Journalist, Buchautor und Chefredaktor des COMPACT Magazins, Jürgen Elsässer.

Um zu verstehen, welche Ziele die Classe Politique in der Schweiz und Europa verfolgt, müssen wir durchschauen, mit welchen Methoden sie uns diese verkaufen will. Zu „den Verkäufern“ der politischen Agenda in der Schweiz gehören die Hundertschaften von PR-Angestellten im Solde des Bundes, die sog. „Spin Doctors“. Die ausgewiesene „Spin Doctor“-Expertin Dr. Judith Barben geht detailliert darauf ein, wie diese die öffentliche Meinung manipulieren.

PROGRAMM

19.30 Uhr	Einleitung	Anian Liebrand
19.35 Uhr	SPIN DOCTORS IM BUNDESHAUS Wie Vertreter von Schweizer Behörden vorgehen, um mit Propaganda ihre Ziele zu erreichen.	Dr. Judith Barben
20.00 Uhr	Diskussion	
20.15 Uhr	Pause	
20.30 Uhr	DIE EU AUF DEM WEG IN DIE DIKTATUR? Wie sich die EU immer mehr zu einem diktatorischen Superstaat wandelt.	Jürgen Elsässer
21.15 Uhr	Diskussion	
21.30 Uhr	Ende der Veranstaltung	

VORANMELDUNG UND PLATZRESERVATION

Aufgrund des erwarteten Andrangs und der beschränkten Platzzahl bitten wir alle Interessierten, sich so rasch wie möglich per E-Mail auf online@info8.ch mit Name, Adresse und gewünschter Anzahl Tickets voranzumelden. Jede gültige Voranmeldung wird gegenbestätigt – je früher die Anmeldung, desto besser. Abendkasse & Türöffnung ab 19.00 Uhr. Infos zum Tagungsort: www.gersag.ch.

Wichtige Infos finden Sie laufend auf unserer Webseite unter www.info8.ch

VERANSTALTER



AUS DEM KANTONSRAT

Sessionsbericht Mai 2013

Die Einladung zur Mai-Session liess anhand der Traktanden eine ausgelastete Session erwarten. Leider war dem nicht so. Aufgrund der speditiven Arbeit konnte der Kantonsratspräsident Urs Dickerhof schon nach 1½ Tagen die Session beenden.

B60 Gesetz über die Gewinnung von Bodenschätzen und die Nutzung des Untergrunds

Mit den anstehenden Projekten im Bereich der Geothermie soll auch die Nutzung des Untergrunds geregelt werden. Im Grundsatz stimmte die SVP-Fraktion den Anliegen des neuen Gesetzes zu. Sie lehnte jedoch einen Antrag aus CVP-Kreisen ab. Dieser verlangte, dass die jeweiligen Konzessionen für 60 Jahre erteilt werden sollten. In der vorbereitenden Kommission war eine klare Mehrheit für die Regelung auf max.

B 62 Dekret über die Genehmigung des Beitritts des Kantons Luzern zur interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe und Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes

Wie seit Jahren mit mehreren Motionen von Seite der SVP gefordert, soll mit dem Beitritt des Kantons Luzern zur interkantonalen Vereinbarung der Baubegriffe und mit zusätzlichen Gesetzesanpassungen das Bauen vereinfacht werden. Mit der Botschaft 62 wird ein Schritt in



40 Jahre. Die SVP unterstützte die Regelung auf 40 Jahre. Kantonsrat Armin Hartmann führte in seinem Votum aus, dass die Haftung für Folgeschäden von Bohrungen nicht klar geregelt wird. Es darf nicht sein, dass der Kanton Konzessionen erteilt, jedoch für allfällige Schäden keine Haftung übernehmen will, sollte ein Konzessionär nicht mehr haftbar gemacht werden können. Mit der nun durch eine Mehrheit genehmigten Regelung bleibt ein allfälliges Restrisiko bei den Eigentümern in der Nachbarschaft einer solchen Bohrung. Ganz nach dem Motto: Der Kanton und die Konzessionäre kassieren und das Risiko tragen die Nachbarn. Die grosse Mehrheit der SVP-Fraktion lehnte deshalb in der Schlussabstimmung das Gesetz wegen den ausgeführten Bedenken ab.

diese Richtung unternommen. Mit der Vereinheitlichung der Begriffe und Messweisen soll die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Stellen der Kanto/Gemeinden erleichtert werden. Dabei legte die SVP den Fokus auf die Abschaffung von Überreglementierungen bei den Bauvorschriften zu den Höhen, den Geschossen, den Abständen und den Ausnutzungsziffern. In der ausführlichen Beratung galt es den geplanten Verbesserungen zum Durchbruch zu verhelfen und unnötige Zusatzbelastungen zu bekämpfen. Die Motion zur Förderung von autofreien Zonen aus der Fraktion der Grünen wurde zum Glück nur teilweise erheblich erklärt. Aus unserer Sicht sollte die Förderung von autofreien Siedlungen nicht im Gesetz festgeschrieben werden.

Die Motion 311 von Christian Graber, welche weniger Bürokratie beim Bau von Solaranlagen verlangt, wurde als Postulat überwiesen und fand im Gesetz auch Berücksichtigung. Leider wird aber auch die mit dem revidierten Raumplanungsgesetz des Bundes eingeführte Mehrwertabschöpfung im neuen Gesetz bereits Einzug halten. Dadurch wird den Gemeinden die Möglichkeit zum Einzug neuer Steuern gegeben. Mit einer Motion der Grünen wurde wiederum versucht, im Gesetz die Vereinfachung von Zwischennutzungen von brachliegenden Arealen zu verankern. Die ausgeführten Begründungen liessen bereits erahnen, in welche Richtung eine solche Regelung gehen würde: So die Aussage des Motionärs: «Durch den Einbezug der sogenannten Kreativwirtschaft in solchen Situationen ergeben sich häufig eine Standortaufwertung und ein Innovationsschub für Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Kreativwirtschaft zählen Musik, Theater, Film und Kunst, Werbung, Journalismus, Marketing, Grafik und Architektur.»

Erfreulicherweise konnte dank einer bürgerlichen Allianz dieser Eingriff in die Eigentumsrechte abgewehrt werden. Erstaunen wird die Besitzer solcher Liegenschaften, dass der Regierungsrat des Kantons Luzern solche Anliegen unterstützt und die Erheblicherklärung dieser Motion vorschlug.

B57 Änderung des Gesetzes über die Luzerner Polizei betreffend verdeckte Ermittlung und verdeckte Fahndung in Vorfeld von Strafverfahren

Das Gesetz über die Luzerner Polizei soll so geändert werden, dass zum einen eine gesetzliche Grundlage für die verdeckte Ermittlung und die verdeckte Fahndung im Vorfeld von Strafverfahren geschaffen wird und zum andern der Begriff der verdeckten Ermittlung im Vorfeld von Strafverfahren – analog der Regelung in der Strafprozessordnung – eng definiert wird. Die verdeckte Ermittlung und die verdeckte Fahndung unterscheiden sich wie folgt voneinander:

> Verdeckte Ermittlerinnen und verdeckte Ermittler werden immer mit einer durch Urkunden abgesicherten Legende ausgestattet. Dagegen täuschen verdeckte Fahnderinnen und Fahnder zwar auch über ihre wahre Identität oder Funktion hinweg oder legen diese nicht offen, bedienen sich dabei aber bloss einfacher Lügen und Täuschungen. Beispielsweise machen sie unwahre Angaben über ihr Geschlecht, ihr Alter und ihren Wohnort oder verwenden vor allem in Internet-Chat-Räumen einen Nicknamen.

> Eine verdeckte Ermittlung ist in der Regel auf eine längere Dauer ausgerichtet, das heisst auf mehrere Monate, die es erlaubt, in ein kriminelles Umfeld einzudringen und mit der Zielperson ein eigentliches Vertrauensverhältnis aufzubauen.

Dazu knüpfen verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler gezielt und aktiv Kontakte mit der Zielperson. Verdeckte Fahndung dagegen erfolgt im Rahmen kurzer Einsätze (z.B. beim Drogenscheinkauf bei Kleindealern) und die Fahnderinnen und Fahnder verhalten sich zurückhaltend und bauen kein eigentliches Vertrauensverhältnis auf.

> Als verdeckte Ermittlerinnen und Ermittler können nicht nur Polizeiangehörige, sondern auch vorübergehend beauftragte Privatpersonen eingesetzt werden. Bei der verdeckten Fahndung ist allein der Einsatz von Polizeiangehörigen zulässig. Verdeckten Ermittlerinnen und Ermittlern kann zugesichert werden, dass ihre wahre Identität auch nach dem Einsatz im Verfahren (insbesondere bei Einvernahmen als Zeuginnen oder Zeugen) nicht offengelegt wird. Verdeckte Fahnderinnen und Fahnder erscheinen nach Abschluss des Einsatzes im Verfahren unter der wahren Identität und können mit der beschuldigten Person offen konfrontiert werden.

Die SVP-Fraktion unterstützte die Schliessung der gesetzlichen Lücke mit der Anpassung dieses Gesetzes. Damit erhält die Polizei griffige Möglichkeiten in der Fahndung nach Pädophilen usw., die z.B. im Internet ihr Unwesen treiben.

B59 Verfassungs- und Gesetzesänderungen betreffend die Aufsicht über die Gemeinden

Für eine Verfassungsänderung betreffend Aufsicht über die Gemeinden und damit der Abschaffung der Regierungsstatthalter verlangt die SVP zwingend eine Volksabstimmung. Gemäss Verfassung ist die Verwaltung dezentral zu organisieren. Das Volk soll entscheiden, ob eine weitere Zentralisierung von staatlichen Aufgaben erfolgen soll und ob die Regierungsstatthalter abgeschafft werden.

M 265 über die Einführung des Fristenstillstandes im Verwaltungsverfahren

Die Motion verlangt die Ausdehnung des Fristenstillstandes auf die auf Bundesebene geltenden Zeiten, in denen die gesetzlichen und richterlich verfügbaren Fristen stillstehen. Es sind dies:

- sieben Tage vor und nach Ostern,
- vom 15.7. bis und mit 15.8. sowie
- vom 18.12. bis und mit 2.1.

Die SVP-Fraktion opponierte diesem Anliegen mit der Begründung, dass damit rasche Verfahren behindert werden. Mit der leidigen Zustimmung zur Annahme dieser Motion hat man sich primär nach den Wünschen der Verwaltung und der Juristen gerichtet und dabei die Anliegen der Staatsbürger weniger gewichtet.

P 272 Christian Graber und Mitunterzeichner über eine neuerliche öffentliche Ausschreibung des Asylwesens im Kanton Luzern

Schon vor Jahren war aus den Reihen der SVP-Fraktion gefordert worden, dass auch Aufträge im Sozial- und/oder Asylwesen den gleichen Regelungen unterstellt werden, wie dies ja für Auftragsvergaben an die Wirtschaft gilt. Im Submissionsgesetz werden klare Vorgaben über die Ausschreibungen gemacht, die auch für den Millionen-Auftrag im Asylwesen umgesetzt werden soll. Bisher wurde dieser Leistungsauftrag immer der CARITAS zugeschanzt, ohne anderen Anbietern solcher Leistungen die Möglichkeit zur Offerteneingabe zu geben. Wir fordern vom Regierungsrat, dass eine neuerliche öffentliche Ausschreibung des Asylwesens im Kanton Luzern erfolgen soll. Ausserdem sollen dem Kantonsrat die vertraglichen Leistungen mit deren Kosten im Vergleich zu anderen Kantonen aufgezeigt werden. Der Regierungsrat soll klar offenlegen, wo bisher noch andere Offerten eingeholt wurden und wie sich die preisliche Situation darstellt. Dadurch wird auch die immer geforderte Transparenz geschaffen, die in anderen Bereichen schon lange Einzug gehalten hat. Erfreulicherweise fanden die Anliegen dieses Postulats im Rat eine Mehrheit und müssen nun von der Regierung umgesetzt werden.

M314 über die Schaffung eines kantonalen Jugendparlamentes

Der Einbezug von Jugendlichen in die politische Arbeit ist auch der SVP ein besonderes Anliegen. Dies geschieht in der Praxis nur durch

«Öffentliche Ausschreibung des Asylwesens: Bisher wurde dieser Leistungsauftrag immer der CARITAS zugeschanzt, ohne anderen Anbietern solcher Leistungen die Möglichkeit zur Offerteneingabe zu geben.»

den Einbezug, die Förderung und Integration der Jungen in die politischen Parteien. Ihre Mitarbeit und ihr Einsatz in der politischen Arbeit sind nicht nur erwünscht, sondern ein Erfordernis. Jugendliche sollen sich aber mit ihren besonderen Anliegen und Ansichten in den politischen Parteien einbringen, um ihnen so zum Durchbruch zu verhelfen. Es kann sicher nicht die Aufgabe eines Kantons sein, mit Steuergeldern kompetenz- und zahllose Jugendparlamente zu schaffen. Leider sah eine Mehrheit die Lösung ihrer Nachwuchsprobleme wohl in der Schaffung eines Jugendparlamentes und unterstützte dieses Anliegen. Die SVP-Fraktion stand fast ganz alleine mit ihrem Ablehnungsantrag. Die Budgetdebatten der nächsten Jahre werden dann zeigen, ob eine Parlamentsmehrheit auch bereit ist, die benötigten Mittel für ein solches Jugendparlament zu sprechen. Auch die Ausgestaltung der Aufgaben und Kompetenzen, sowie die Wahl und Zusammensetzung eines Jugendparlamentes werden für weiteren Diskussionsstoff sorgen. Wir von der SVP werden uns zu gegebener Zeit dagegen wehren, dass ein solches Parlament dann nur aus Linken und Grünen bestehen wird.

Allein dieser kleine Abriss der Parlamentsdebatte zeigt klar, dass die SVP-Fraktion stark gefordert ist. Viele Anliegen der politischen Linken, die zur weiteren Verstaatlichung unseres Kantons beitragen, werden über Jahre bearbeitet. Diese werden oft zuerst abgelehnt, dann als Kompromiss überprüft, um schlussendlich mit grosser Unterstützung aus den Kreisen der CVP und einzelnen FDP-Politikern eingeführt zu werden. Dieser Zermürbungstaktik sind leider schon viele bürgerlichen Politiker auf den Leim gekrochen.

Für mich gilt weiterhin der Auftrag, unserem Staatswesen Sorge zu halten. Der Staat soll seine Aufgaben wahrnehmen, dort wo diese durch andere nicht besser, effizienter oder nicht zum Wohle der Bevölkerungsmehrheit erbracht werden können. Unser Staatswesen hat nicht die Aufgabe, für alles und jeden Lösungen anzubieten. Das Beispiel des Kommunismus hat gezeigt, dass nicht alle beim Staat arbeiten oder alle vom Staat leben können.

Anmeldung zum 13. Sempachertag **Freitag, 13. September 2013, Apéro ab 18.00 Uhr**

Liebe SVP-Familie

Am 13. September 2013 findet wiederum der traditionelle Sempachertag statt. Das OK hat auch dieses Jahr wiederum ein umfangreiches Programm zusammengestellt.

Die Bankettkarte mit einem dreigängigen Menü kostet auch dieses Jahr wiederum 45 Franken pro Person. **Achtung neu:** Die Einzahlung gilt als Anmeldung. Die Platzzahl ist beschränkt (es werden nur so viele Karten verkauft, wie ordentliche Plätze vorhanden sind).

Meldet euch bitte umgehend an durch **Einzahlung auf das Bankkonto Triba Partner Bank AG, Triengen, Postkonto 30-38239-6, CH96 0669 0273 4180 9267 1, SVP Amt Sursee.**

Die Bankettkarten, woraus der detaillierte Ablauf ersichtlich ist, werden 10 Tage vor dem Anlass per Post zugestellt. Die Zuweisung der Plätze erfolgt in der Reihenfolge der Einzahlungen.

Lasst Euch von Nationalrätin Nadja Pieren und dem Gastkanton überraschen! Es gibt viele, interessante und wertvolle Preise aus der Tombola zu gewinnen. Wir freuen uns, euch in der Schlacht Sempach begrüßen zu dürfen. Ein Grossaufmarsch beweist die Stärke unserer Partei!
Freundliche Grüsse

Guido Luternauer, OK-Präsident



Wir dürfen willkommen heissen:

- **Nationalrätin Nadja Pieren Burgdorf**
- Musikalische Unterhaltung
- den Überraschungs Gastkanton

Kontakt:

Guido Luternauer, OK Sempachertag
Fluh, 6214 Schenkon
Tel. 079 647 88 81
guido.luternauer@bluewin.ch

SIMPLY CLEVER

ŠKODA



New ŠKODA Octavia
ab 19'550.-*



www.skoda.ch

PREIS-LEISTUNGS
12xSIEGER 

Da ist er, der strahlende Nachfolger des meistgekauften Combi der Schweiz: der neue ŠKODA Octavia! Mit seinem beeindruckenden Design, seinen cleveren Innovationen und seinem grosszügigen Raumangebot präsentiert er sich als komplette Neuentwicklung! Entdecken Sie bei uns, wieso der neue ŠKODA Octavia eine Klasse für sich ist. Jetzt auf einer Probefahrt. **ŠKODA. Made for Switzerland.**

*ŠKODA Octavia Combi Active 1.2 I TSI, 77 kW/105 PS, 6-Gang, empfohlener Preis CHF 21'550.-, abzüglich Clever-Bonus CHF 2'000.-, Endpreis CHF 19'550.-, Abgebildetes Fahrzeug: ŠKODA Octavia Combi Ambition 1.2 I TSI, 77 kW/105 PS, 6-Gang, mit Optionen Leichtmetallfelgen ALARIS 18", Bi-Xenon-Scheinwerfer mit LED-Tagfahrlicht, Dachreling Silber, Nebelscheinwerfer schwarz, Seitenscheiben mit Chromleisten. Empfohlener Preis CHF 27'380.-, abzüglich Clever-Bonus CHF 2'000.-, Endpreis CHF 25'380.-, Clever-Bonus gültig für Kaufverträge bis auf Widerruf. Treibstoffverbrauch gesamt: 5.1 l/100 km, CO₂-Ausstoss: 117 g/km, Energieeffizienz-Kategorie: B. Durchschnitt aller verkauften Neuwagen: 153 g/km.

Tribschen - Garage Wigger + Schilliger AG
Tribschenstrasse 67
6005 Luzern
Tel. 041 360 35 72 info@skoda-luzern.ch

AMT LUZERN STADT

In der Stadt Luzern gilt Linksvortritt

Das Verkehrschaos in der Stadt Luzern ist weit über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt. Mehrmals täglich ist kein Durchkommen, obwohl die neuralgischen Stellen längst bekannt sind. Während für den öffentlichen Verkehr und Velos immer mehr Platz geschaffen wird, werden die Autofahrer immer mehr eingeschränkt. Und nicht nur das, vom Volk vor langer Zeit angenommene Strassenbauprojekte werden angeblich aus Kostengründen nicht umgesetzt.

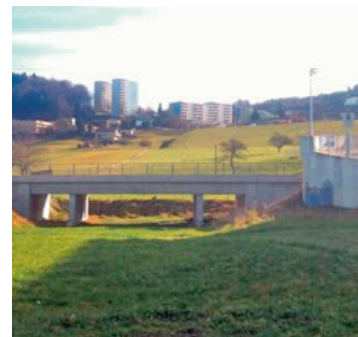
Bereits 2009 wurde der Kredit für die Bodenhofstrasse im Littauer Boden von der Stimmbevölkerung an der Urne mit überwältigender Mehrheit angenommen. Diese würde eine sofortige Entlastung für die Thorenbergstrasse beim Hornbach schaffen, wo es regelmässig gefährliche Rückstaus gibt. Durch den immer höheren Takt der SBB ist der Bahnübergang beim Littauer Bahnhof immer öfter geschlossen. Deshalb wurde auch 2005 eine Unterführung gebaut – mitten in der grünen Wiese, knapp 2 Meter hoch

ist der Durchgang. Der wohl teuerste Wildwechsel im Kanton Luzern.

Wenn aber die Linken gerade mal 816 Unterschriften (bei 800 notwendigen!) sammeln und fordern, dass mitten in der Stadt eine Strasse und Parkplätze geschlossen werden sollen, dann beginnt der Stadtrat plötzlich zu rotieren. Denn geht es nach dem Willen von SP und Grünen, dann soll die funktionierende Bahnhofstrasse in der Stadt Luzern bald schon einer grünen Wiese weichen. Geldpro-

bleme? Gibt es nicht, denn die erforderlichen 7 Millionen Franken will der Stadtrat noch locker in der bereits übervollen Investitionsplanung unterbringen. Umgehend soll ein Planungswettbewerb durchgeführt und ein Projekt ausgearbeitet werden. 800'000. Franken will der Stadtrat kurzerhand bereitstellen, denn die Initiative soll noch vor der Bahnhofstrasse im Stadtteil Littau umgesetzt werden. Dass die Linken dabei auf die Hilfe der Mitteparteien zählen dürfen, allen voran der Grünliberalen und der CVP, versteht sich von selbst.

Zwar will die Stadt immer weiter wachsen und mit der neuen Bau- und Zonenordnung soll Platz für viele tausend weitere Luzerner geschaffen werden, aber die Verkehrswege werden nicht entsprechend angepasst. Mit dieser kurzsichtigen Planung wird sich die



Verkehrssituation in der Stadt Luzern auf Jahre hinaus weiter verschlechtern und dafür sorgen, dass alle Verkehrsteilnehmer künftig immer mehr Zeit auf der Strasse verbringen müssen.



Peter With,
Grossstadtrat
und Präsident
SVP Stadt Luzern

Masseneinbürgerungen statt Qualität

In der Stadt Luzern ist seit 2011 nicht mehr eine parlamentarische Kommission für die Einbürgerungen zuständig, sondern eine ausserparlamentarische Kommission, deren Mitglieder von den Parteien gestellt werden. Begründet wurde dieser Wechsel damit, dass man die Einbürgerungen entpolitisieren und «professionalisieren» wollte.

Die SVP war die einzige Partei, die sich vehement dagegen wehrte, dass die Einbürgerung damit faktisch der parlamentarischen Kontrolle entzogen und an eine schlussendlich anonyme Kommission abgegeben wurde. In dieser ist es allein dem Gutdünken, man kann

auch sagen der Willkür, der Parteien überlassen, auf welcher Grundlage die Mitglieder ihre Entscheidung treffen.

Dass Einbürgerungen ein hochpolitisches Geschäft sind und bleiben, hat gerade diejenige Partei bewie-

sen, die das angeblich nicht mehr wollte. In die Kommission nahm für die SP 2011 neben einem ideologisch strammen Linken aus dem Roth-Clan (der Bruder des Juso-Präsidenten David Roth) eine Seconda (Migrantin in 2. Generation in der Schweiz, d. Red.) Einsitz. Diese hat sich zur Überraschung und Empörung ihrer linken Gesinnungsgenossen als Pragmatikerin erwiesen, die zeigte, dass sie die Situation der Migranten kennt. Sie forderte, dass die Einbürgerungswilligen auch wirklich Integrationsbereitschaft zeigen und hat nicht einfach alle Einbürgerungsgesuche mehr oder weniger unbesehen durch gewunken, wie es die Erwartungshaltung der SP war. Sie ist dann in einer hässlichen Intrige nicht nur aus der Kommission gedrängt worden, sondern gleich noch aus sämtlichen Gremien der SP – von denselben Leuten, die nicht müde werden zu betonen, dass Toleranz und anständiger Umgang ihnen doch so wichtig seien... Heute ist diese Kommission, obwohl theoretisch bürgerlich domi-

niert (4 Sitze für die Bürgerlichen, 3 Sitze für die Linken), wieder stramm auf linkem Kurs – dank gütiger Mithilfe der Kommissionsvertreter aus FDP und CVP. **Eine Einbürgerungsquote von 97,5% spricht da Bände!**

Nach zwei Jahren müssen wir feststellen: Diese Einbürgerungskommission ist nicht viel mehr als ein Passbüro für Einbürgerungswillige. So wie jetzt «geprüft und entschieden wird, könnte man ehrlicherweise die Einbürgerung in der Stadt Luzern – so wie es die Linken immer wollten – gleich in einen reinen Verwaltungsakt umgestalten. Statt dessen müssen jetzt klare Leitlinien geschaffen werden, nach denen eingebürgert wird. Denn es dürfen nicht das Bauchgefühl oder Parteivorgaben entscheidend dafür sein, wer den Schweizer Pass erhält und wer nicht.



Lisa Zanolla,
Grossstadträtin
SVP Stadt Luzern



AMT LUZERN STADT

lu-wahlen.ch – Stadträte werben für zweifelhafte Plattform

Seit vielen Monaten machen die Stadträte Adrian Borgula, Manuela Jost, Stefan Roth und Martin Merki auf der Frontseite der äusserst zweifelhaften und anonymen Internetplattform lu-wahlen.ch Werbung. Dabei wird erwähnt, dass diese «lu-wahlen.ch finanziell und inhaltlich massgeblich unterstüt-

den Mut, dafür gerade zu stehen, denn auf der Webseite befindet sich nirgends eine Adresse oder Telefonnummer. Unter dem Deckmantel der Überparteilichkeit platziert Fischer immer wieder Kommentare und Beiträge, die vor allem SVP-ler massiv attackieren. So veröffentlichte er 11 Tage vor den letzten Kantonsrats-Wahlen einen anonymen Leserbrief, der die JSVP verleumdete, im Restaurant Rütli rassistische und nationalsozialistische Parolen gegrölt zu haben. **Es ist nachweislich alles erstunken und erlogen, wie auch die Wirtin wiederholt bestätigt hatte.** Trotzdem ist der Beitrag nach wie vor veröffentlicht. Der erfolgreiche Journalist, der seinen Job bereits bei der LNN (Vorgänger der NLZ), der Zuger Presse, der Berner Zeitung und 20 Minuten verloren hat, versucht nun mit dieser Webseite zu Geld zu kommen. Er lässt sich von Kandidaten für Wahlwerbung auf der Seite bezahlen und behauptet gleichzeitig, er bilde das gesamte Meinungsspektrum ab. Wer's glaubt...

Da die SP für ihn zu wenig links war, trat er nach 10 Jahren Mitgliedschaft aus. Doch hat er bei der SP immer noch viele «Genossen», die er auch nach Kräften unterstützt. So hat er ein inniges Verhältnis zu Lathan Suntharalingam, dem abtretenden Linksaussen-Kantonsrat und früheren Grossstadtrat der SP. Herbert Fischer hat verschiedene schriftliche Dokumente verfasst,

die der Grossstadtrat und Kantonsrat Lathan Suntharalingam dann später als eigene ausgegeben hat.

Dass Stadträte mit einem vom Steuerzahler bezahlten Gehalt von 250 000. Franken pro Jahr für eine diffamierende Webseite werben, ist nicht zu akzeptieren. **Auch wir SVP-ler müssen vorsichtig sein, auf welchen Plattformen wir uns äussern. Es geht nicht an, dass wir Medien finanziell oder ideell unterstützen, die nur darauf warten, unsere Partei zu diskreditieren oder deren Exponenten abzuschiesen.**

Die vom ultralinken Herbert Fischer betriebene Webseite macht seit ihrem Bestehen «Jagd» auf SVP-Exponenten.

zen». Zudem werben sie noch aktiv mit persönlichen Aussagen. Die vom ultralinken Herbert Fischer betriebene Webseite macht seit ihrem Bestehen «Jagd» auf SVP-Exponenten. Dabei hat er nicht mal

Persönlichkeiten, die lu-wahlen.ch finanziell und inhaltlich massgeblich unterstützen:

- Adrian Borgula**: «lu-wahlen.ch – das ganze Meinungsspektrum ist wichtig, weil sonst vieles nicht gesagt werden kann, was zu sagen ist. Lebendige Debatten helfen, gute Lösungen zu finden.»
- Beat Züsli**: «Demokratie lebt von engagierten Debatten. Um sie überhaupt zu ermöglichen, braucht's Podien, Foren, Anreize. lu-wahlen.ch bietet, was diesbezüglich fehlt.»
- Manuela Jost**: «Ich unterstütze lu-wahlen.ch, weil ich die freie Meinungsäusserung hochhalte, andere Meinungen gerne anhöre und ebenso gerne meine Meinung in die Luzerner-Wahl hinein trage.»
- Martin Merki**: «Nur, wenn profilierte Positionen in einen offenen Wettbewerb treten können, ist breite Meinungsbildung möglich. Das will lu-wahlen.ch und das will auch ich.»
- Philipp Federer**: «Wahlen und Abstimmungen benötigen parteiunabhängige und engagierte Medien. lu-wahlen.ch ist parteiunabhängig und engagiert.»
- Stefan Roth**: «Meinungen bilden sich im Wettstreit der Ideen. www.lu-wahlen.ch zeigt politische Positionen und leistet einen Beitrag zum Gelingen der Demokratie.»
- Peter Schärli**: «Es stelle ich mir echte Meinungsbildung vor: lu-wahlen.ch gibt ganz unterschiedlichen Perspektiven und Positionen eine Plattform.»
- Urs Brucker**: «lu-wahlen.ch bietet die Demokratie. Das hilft, mehrheitsfähige Lösungen zu finden. Darum unterstütze ich diese Meinungs-Plattform gerne.»

lu-wahlen.ch das ganze Meinungsspektrum
Die Internet-Plattform für Wahlen und Abstimmungen im Kanton Luzern
Kolumnen Leserbriefe Gastbeiträge Dossiers Service Schauplätze Über uns Kolumne der Redaktion FAQ

AMT LUZERN LAND

Gründungsfeier der SVP-Ortspartei Buchrain

Gegen 100 Personen versammelten sich am Dienstagabend, 26. März 2013, im Landgasthof Adler, als die SVP in Buchrain ihr grosses Gründungsfest beging. Prominenter Gastredner war der sympathische Nationalrat und Präsident der SVP Schweiz, Toni Brunner. Durch den Abend moderierte Franz Grüter, Präsident der SVP Kanton Luzern. Die Grüsse aus Buchrain überbrachten Gemeindepräsidentin Käthy Ruckli, CVP, und Vizepräsident Heinz Amstad, FDP.

Die neue Ortspartei schliesst eine weitere Lücke im Kanton, wo lediglich in 23 von den 84 Gemeinden noch keine SVP besteht.

Die neue Kraft in Buchrain möchte sich aktiv ins Gemeindegeschehen einbringen und Verantwortung übernehmen.

Der Gründungsvorstand besteht aus: Roger Michel, Präsident, Ivano Bortoloso, Vizepräsident, Eveline Hochmuth, Kassierin und Thomas Mühlheim, Aktuar.



20 Jahre Ortspartei: Jubiläums-Schiffahrt der SVP Weggis

Am Samstag, 18. Mai 2013, waren gleich drei Nationalräte in Weggis zu Gast. Anlass war das 20-jährige Jubiläum der SVP Weggis. Bei prächtigem Wetter wurden die Gäste auf dem Nauen Max mit feinen Grilladen und exzellentem Wein verwöhnt. Nebst den Nationalräten Yvette Estermann, Felix Müri und Alfred Heer waren viele SVP-Mitglieder aus Weggis, diverse Luzerner Kantonsrätinnen und Kantonsräte, der SVP-Fraktionspräsident Guido Müller sowie die bisherigen Präsidenten der SVP Weggis anwesend.

Am Schmutzigen Donnerstag, 18. Februar 1993, wurde die SVP Weggis als erste SVP-Ortspartei im Kanton Luzern gegründet. Der damalige Vorstand wurde aus den folgenden Mitgliedern zusammengestellt: Roger Riwar, Franz Käser, Werner Meier und Markus Ott. Die SVP hat über all die Jahre in Weggis einige politische Spuren hinterlassen. Heute ist die SVP Weggis die wählerstärkste Partei in Weggis und in diversen Kommissionen vertreten.

Präsident Roger Riwar begrüßte die gut gelaunten Gäste auf dem Nauen Max. Humorvoll erzählte er den Werdegang der Partei und einige Anekdoten der letzten 20 Jahre. Danach referierte Alfred Heer, Nationalrat und Präsident der SVP des Kantons Zürich über wichtige Themen wie das Asylchaos, die Schengen-Problematik und Bundesratswahlen vors Volk. Mit grossem Applaus und Weggiser Spezialitäten wurden seine markigen Worte verdankt. Danach war Ge-

mütlichkeit angesagt. Es wurde viel diskutiert und sehr viel gelacht. Die Jubiläumsfahrt wird den SVP'lern mit Sicherheit in bester Erinnerung bleiben. Mit dem Einsatz des ältesten Uners, dem Föhn, fand die Schiffahrt ein würdiges und spannendes Ende.

Roger Riwar, Präsident SVP-Ortspartei Weggis

Roger Riwar, Weggis, NR Yvette Estermann, Kriens, Elisabeth Hilpert, Weggis, NR Felix Müri, Emmen, NR Alfred Heer, Zürich (v.l.n.r.)

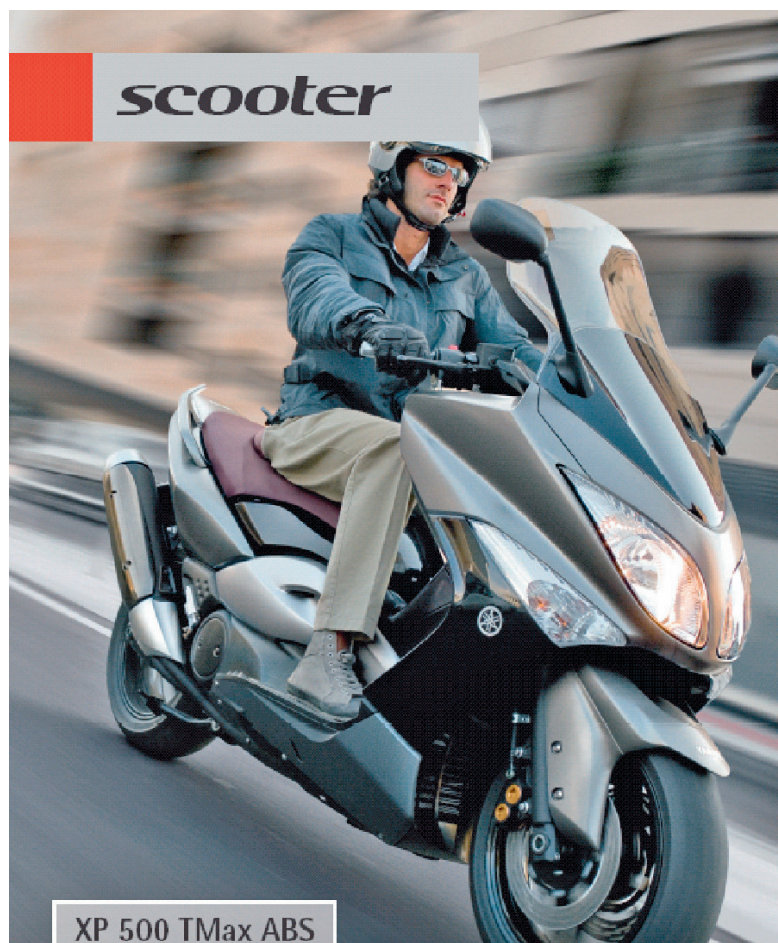


Armbrustschiessen und bräteln mit
SVP Meggen
neben der HÖHLE GASSE

Samstag, 29. Juni 2013

Treffpunkt & Zeit: Höhle Gasse; 09:30 Uhr
Wer: alle sind herzlich willkommen (-40 Pers.)
Was: alles vorhanden, ausser Grillgut nimmt jeder selber mit
Anmeldung: SVP Meggen oder info@svpmeggen.ch

SVP
Die Partei des Mittelstandes



gloggnern-motos.ch

Meierhofweg 2 6032 Emmen 041 260 33 43



YAMAHA

Touching Your Heart

AMT SURSEE

Gründung der SVP-Ortspartei Mauensee

Am Mittwoch, 15. Mai 2013, wurde im Landgasthof Rössli in Mauensee die 61. Ortspartei der SVP des Kantons Luzern gegründet. Zum Präsidenten der SVP-Ortspartei Mauensee wurde Kantonsrat Jost Troxler gewählt. Als Alternative zu den bestehenden Ortsparteien der CVP und FDP möchte die SVP auch in Mauensee Verantwortung übernehmen, die Gemeindepolitik konstruktiv mitgestalten und einen massgeblichen Beitrag an die Meinungsbildung der Bürgerinnen und Bürger leisten. Der neu gewählte

Vorstand ist motiviert und bereit, frischen Wind in die Gemeinde Mauensee zu bringen und aktiv am politischen Leben teilzuhaben. Dazu gehört auch die Teilnahme an Wahlen für verschiedene Gemeindeämter. Unter dem Vorsitz der Tagespräsidentin Angela Lüthold und dem Beisein diverser ehemaliger und amtierender Kantonsräte, Kantonalpräsident Franz Grüter sowie etlichen Mitgliedern befreundeter SVP-Ortsparteien wurden folgende Personen in den Vorstand der neuen Ortspartei Mauensee gewählt:



Kassier: Christoph Stöckli, Anlagenbau-Unternehmer, verheiratet und Vater von zwei Kindern. Präsident: Kantonsrat Jost Troxler, selbständiger Landwirt, Vater von zwei erwachsenen Kindern. Vizepräsidentin und Aktuarin: Angela Nussbaum, Bäuerin und kaufmännische Angestellte. (v.l.n.r.)

General- und Parteiversammlung der SVP Nottwil

Unter dem Vorsitz von Angela Lüthold-Sidler, Präsidentin der SVP Nottwil und Kantonsrätin, fand am 16. Mai 2013 die Generalversammlung der SVP Nottwil statt. Gemeinderätin Renée Sigrist informierte die Anwesenden über die Gemeinderrechnung 2012. Die Rechnung schliesst mit einem Minus von ca. 25'000. Fr. ab, was besser ist, als budgetiert war. Wenn man aber bedenkt, dass Nottwil vom Finanzausgleich (1,2 Mio.)

profitierte und durch Landverkauf einen Buchgewinn (0,6 Mio.) erzielte, so ist die Rechnung alles andere als befriedigend.

Danach informierte Renée Sigrist über verschiedene Bauprojekte (Altersgerechtes und hindernisfreies Wohnen, Schulraumerweiterung) und musste sich den kritischen Fragen der interessierten Anwesenden stellen. Die SVP befürwortet grundsätzlich das alters-

gerechte und hindernisfreie Wohnen, vorausgesetzt, die direkte Verbindung zum Alterszentrum Eymatt wird realisiert, die Kosten gelten als maximales Kostendach und alle drei Partner (Gemeinde, SPS, Orbano) machen mit. Beim Thema Schulraumerweiterung hat die Gemeinde keine klare Strategie für die Schule und insbesondere über die Zukunft der Oberstufe in Nottwil. Die wenig ausgereiften Konzepte des Gemeinderates und

die Finanzierung vermochten deshalb die SVP Nottwil nicht wirklich zu überzeugen. Der gutbesuchte Anlass der SVP Nottwil ging schliesslich im gemütlichen Rahmen zu Ende.



Luigi D'Araia, Nottwil

AMT HOCHDORF

Fredy Winiger – neuer Amtsparteipräsident

An der Generalversammlung vom 30. April 2013 wurde Kantons- & Gemeinderat Fredy Winiger (Hohenrain) zum neuen Amtsparteipräsidenten (APP) Hochdorf gewählt. Er ersetzt den abgetretenen Werner Glogner aus Emmen. Wir wünschen Fredy einen erfolgreichen Start in sein neues Amt und wünschen ihm bei seinen Tätigkeiten gutes Gelingen!



FRAUENKOMMISSION

Einladung

Öffentliche Veranstaltung

«Hilfe – zur Selbsthilfe»

Es referieren Nationalrätin **Yvette Estermann** und Kantonsrätin **Vroni Thalmann**

Samstag, 31. August 2013, 09.30 – 12.30 Uhr
Hotel Restaurant Sonnenberg, 6010 Kriens
Referat im Pilatussaal, Diskussion und Apéro

Details unter: www.frauenkommission-svplu.ch



AMT WILLISAU

«Wo ist unsere Jugend?»

Zu diesem Thema hielt Alexander Kares, Präsident der Jungen SVP Luzern, kürzlich an der ordentlichen Generalversammlung der Ortspartei Menznau ein Referat. Er war sichtlich erfreut, konnte er doch unter den Anwesenden viele Jugendliche ausmachen, welche gespannt seinen Ausführungen lauschten. Kommt hinzu, dass der Ortsparteipräsident Willi Knecht am gleichen Abend der Versammlung einen jungen und dynamischen Nachfolger für ein demissionierendes Vorstandsmitglied vorstellen konnte.

Problem Nachwuchs

In seiner Rede sprach Willi Knecht die immer grösser werdende Herausforderung an, der sich Vereine stellen müssen – dem Nachwuchs. Es gibt immer mehr Freizeitangebote, in der Schule wie auch in der Arbeitswelt steigt der Leistungsdruck etc. Kurz: Für ein aktives Vereinsleben oder gar eine höhere Position innerhalb eines Vereins bleibt nur wenig Zeit übrig. Nicht grundlos werden gewisse Vereine gar aufgelöst. Eine Tatsache, mit der sich auch die Jungen SVP Luzern auseinandersetzen muss. Folgen auf Vereinsaustritte keine Neumitglieder, ist ein Verein vielleicht bald einmal faktisch tot.

Wandel der Familienstruktur

Die Technologien entwickeln sich heute in unglaublicher Geschwindigkeit und beeinflussen unser Leben massiv. Während ältere Generationen teils bereits Mühe haben mit dem stetigen Wandel, wachsen Jugendliche in genau dieses Konzept hinein. Neue Entwicklungen lernen die Jugendlichen zuerst und unterstützen immer mehr die ältere Generation. Welcher Jugendliche kennt es nicht, seine Eltern bei technischen Problemen beispielsweise am Computer zu unterstützen? Folglich veränderte sich in einer Weise die Familienstruktur. Während früher nur mehrheitlich die älteren Generationen sämt-



liches Wissen an die jüngeren Generationen weitergaben, entsteht nun ein gewisser Genaustausch. Ein Sprichwort besagt, die Jugend ist unsere Zukunft. Vielleicht ist diese Zukunft schon früher da, als man dies aus dem Sprichwort ableitet. «Die heutige Jugend ist faul und leistet nichts», ein weiterer Spruch, welcher oft auf die Jugend projiziert wird. Doch werden Jugendliche generell diesem Klischee gerecht?

Immer mehr junge Menschen sind ambitioniert und übernehmen Verantwortung. Gerade auch in Jungparteien sind sehr fleissige Köpfe anzutreffen, welche gerade erst Teenager geworden sind und dem Klischee nicht gerecht werden. Es ist an der Zeit, mehr junge Menschen zu fördern, damit sie ihre Ideen verwirklichen können.

Mehr Junge SVP

Ambitiös kündigte deshalb der Präsident der Jungen SVP an, er wolle

in jedem Amt des Kantons Luzern eine eigene Jungsektion der SVP gründen. Es sollen mehr Jugendliche an der Politik teilhaben und dadurch aktiv mitwirken. Diese Sektionen würden in die kantonale JSVP integriert. Man verfolge das Ziel, die Bandbreite der zu behandelnden Themen der JSVP zu vergrössern. Man wolle in Zukunft auch auf lokale Missstände aufmerksam machen können und referendums- bzw. initiativfähig bleiben. Gleichzeitig wäre man als Kantonalpartei von Beginn an eine Unterstützung, eine Verheizung der Kräfte gilt es zu vermeiden.

Der Präsident ist auf der Suche nach Jugendlichen, welche sich für eine Vorstandsfunktion der JSVP interessieren. Er freut sich auf deine Kontaktaufnahme per E-Mail an alexander@kares.ch oder unter der Mobilenummer 076 207 21 00 und gibt dir gerne weitere Informationen.



Zisternen- und Holztransporte
Mätteliguëtstrasse 11b
CH-6105 Schachen/LU



Telefon 041 497 43 22 • Fax 041 497 43 28 • Mobile 079 642 98 80
E-Mail otto.husmann@bluewin.ch

KALENDER

Juni 2013

17./18. Juni	Session Kantonsrat
18. Juni	Kant. Fraktionsausflug im Amt Hochdorf
20. Juni	Sitzung des Parteileitungsausschusses (PLA)
23. Juni	Amtsgrilltag SVP Amt Sursee
24./25. Juni	Session Kantonsrat

Juli 2013

13. Juli	Familien-Picknick der Ortsparteien Malters & Schwarzenberg
13. Juli	7. SVP-Grümpelturnier
18. Juli	Sitzung des Parteileitungsausschusses (PLA) Reservedatum

August 2013

22. August	Sitzung des Parteileitungsausschusses (PLA)
23. August	Leitender Ausschuss / Zentralvorstand mit Sekretären
24. August	Eidg. Delegiertenversammlung
29. August	Kant. Delegiertenversammlung
31. August	Öffentl. Anlass «Hilfe zur Selbsthilfe»

September 2013

4. September	Kant. Fraktionssitzung
6. September	Redaktionsschluss «SVP Kurier»
6./7. September	Konferenz kantonale Parteipräsidenden, -Sekretäre
9.–27. September	Session National- und Ständerat
9.–10. September	Session Kantonsrat
13. September	Sempachertag (Traditioneller Parteianlass)
17. September	Öffentliche Gründungsfeier SVP-Ortspartei Mauensee
19. September	Sitzung des Parteileitungsausschusses (PLA)
22. September	Eidg. und kant. Abstimmungen



erni medien gmbh
WERBUNG GRAFIK FOTO



erni medien gmbh
Luzernerstrasse 45
6014 Luzern-Littau

Tel. 041 250 72 40
Fax 041 250 72 41
daniel.erni@ernimedien.ch

Konzept/Grafik/Foto/Internet

- Werbe-/Marketingberatung
- Direct-Marketing-Konzeption
- Event-/Messeplanung
- Grafikdesign, CI-Konzepte, Logos
- Digital-Fotografie, Bildbearbeitung
- professionelle Internetauftritte

Drucksachen

- Briefpapier, Visitenkarten, Couverts
- Flyers, Prospekte, Broschüren
- Kataloge, Periodikas, Bücher
- Kleber, Etiketten, Verpackungen

Beschriftungen

- Schaufenster-/Gebäudebeschriftung
- Fahrzeug-/Lastwagenbeschriftung
- Tafeln, Plakate, Blachen, Gitternetze



3 Vorschläge –
1 Logo –
CHF 240.– pauschal –

Jetzt Mitglied der SVP werden!

Die SVP setzt sich dafür ein, dass unsere Schweiz für uns und unsere Nachkommen auch in Zukunft noch ein Zuhause ist. Tragen auch Sie die klaren bürgerlichen Werte mit und entscheiden Sie sich für Wohlstand, Arbeitsplätze und eine sichere Zukunft in Freiheit!

Die SVP hat einen Vertrag mit dem Volk unterzeichnet, dem wir uns verpflichtet fühlen. Der Vertrag besagt:

- Wir wollen der Europäischen Union nicht beitreten
- Wir wollen die kriminellen Ausländer ausschaffen
- Wir wollen für alle die Steuern senken

Setzen Sie ein Zeichen für die Schweiz und den Kanton Luzern.

Stärken Sie die SVP durch Ihre Mitgliedschaft. Herzlichen Dank!



Die SVP kämpft als einzige Partei für Freiheit und Unabhängigkeit und sagt entschieden Nein zum schleichenden EU-Beitritt der Schweiz.

Unterstützen Sie uns dabei!

Setzen Sie sich ein für Freiheit und Unabhängigkeit.

☐ Ich möchte mich zuerst näher informieren. Bitte senden Sie mir Ihre Parteunterlagen zu.

☐ Ich möchte sofort Mitglied der SVP werden.

☐ Ich möchte der SVP einen Spendenbeitrag zukommen lassen.

Vorname _____ Name _____

Strasse _____ PLZ/Ort _____

E-Mail _____ Telefon _____

Geb.-Datum _____ Unterschrift _____

Ausschneiden und senden an: Schweizerische Volkspartei des Kantons Luzern SVP,
Postfach 225, 6215 Beromünster, oder per Fax an 041 250 67 66 oder Internet: www.svplu.ch
Spenden auf PC-Konto 60-29956-1